



KVJS

Frank Stahl wird neuer Verbandsdirektor

Seite 4

Soziales

**Pflege im Jahr
2040: Analyse
veröffentlicht**

Seite 11

Inklusion

**Pilotprojekt zur
Weiterentwicklung
der WfbM**

Seite 20

Forschung

**Kinderschutz
durch Fortbildung
stärken**

Seite 30

Impressum

KVJS Aktuell
Dezember 2025

Herausgeber:
Kommunalverband für Jugend
und Soziales Baden-Württemberg
Öffentlichkeitsarbeit
Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
www.kvjs.de

V.i.S.d.P.: Sima Arman-Beck

Projektmanagement: Monika Kleusch

Redaktion: Sima Arman-Beck, Julia Holzwarth,
Monika Kleusch, Ulrike von Siegroth, Victoria Weht

Mit Beiträgen von: Stephan Gokeler, Angela
Hantke vom Lehn, Thomas Jaskolka

Titelfotos: (im Uhrzeigersinn)
Fotoatelier Ebinger, KVJS, Larissa Straub

Layout: www.2nachAcht.de

Bestellungen und Adressänderungen:
Telefon 0711 6375-208, publikationen@kvjs.de

Druck: Hausdruckerei KVJS

Redaktioneller Hinweis:

Wir bitten um Verständnis, dass aus Gründen der Lesbarkeit auf eine durchgängige Nennung der weiblichen und männlichen Bezeichnungen verzichtet wird. Selbstverständlich beziehen sich die Texte in gleicher Weise auf Frauen, Männer und Diverse.

Inhalt

KVJS

- 4 Frank Stahl wird neuer Verbandsdirektor
- 5 Der KVJS baut sein Informationsangebot aus
- 6 Gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit
- 7 Immer gut informiert

HABILA

- 8 Sozialunternehmer in gesellschaftlicher Verantwortung
- 10 Oliver Cosalter neuer Geschäftsführer der Habila GmbH
- 10 Habila: Bewohnerbeirattreffen 2025

SOZIALES

- 11 Pflege-WGs als elementarer Baustein im Quartier
- 12 Pflege im Jahr 2040: Analyse veröffentlicht
- 14 Psychiatrische Versorgung in Baden-Württemberg
- 16 Neues zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)
- 18 Wenn Deutsche fern der Heimat in Not sind

INKLUSION

- 19 KVJS-Inklusions- und Integrationsamt: Neuer Newsletter
- 19 Konversionsprojekt: Start für wissenschaftliche Begleitung
- 20 Pilotprojekt zur Weiterentwicklung der WfbM
- 22 „Die EAA müssen noch bekannter werden“
- 24 Fachtag EAA: Zunehmende Anfragen und wachsende Vernetzung
- 24 Lebenshilfe Zollernalb: Strom vom Parkplatz

JUGEND

- 25 Reallabor Heilbronn: Im Einsatz für zukunftsfähige Bildung
- 26 LJHA: Entschlossen und gemeinsam nach vorne denken
- 28 Schulsozialarbeit: Fördergrundsätze verlängert
- 28 BAGLJÄ-Vorstand tagt beim KVJS

FORSCHUNG

- 29 Statt Betreuung: Wie wirkt die erweiterte Unterstützung?
- 30 Kinderschutz durch Fortbildung stärken!

FORTBILDUNG

- 32 KVJS-Fortbildung startet optimiert ins kommende Jahr

NEU ERSCHIENEN

- 34 Neu erschienen

Frank Stahl wird neuer Verbandsdirektor

Wechsel an der KVJS-Leitungsspitze zum 1. April 2026

Die Versammlung des KVJS hat in ihrer Sitzung am 11.12.2025 Frank Stahl einstimmig zum neuen Leiter der Verwaltung gewählt. Er folgt auf Kristin Schwarz, die mit Ablauf des März 2026 in den Ruhestand eintritt.



Die Mitglieder der Versammlung aus den 44 Stadt- und Landkreisen bei der jährlichen Sitzung in Gültstein

„Mit Frank Stahl gewinnt der KVJS einen hochkompetenten Verbandsdirektor, der über langjährige Führungserfahrung und ein ausgeprägtes Gespür für kommunale Belange verfügt“, freut sich der Vorsitzende Landrat Gerhard Bauer aus Schwäbisch Hall.

Der Wirtschaftsjurist und Insolvenzanwalt kam 2017 zum KVJS, ist seit 2019 Leiter des Sozialdezernats und wurde 2024 zum stellvertretenden Verbandsdirektor gewählt. „Ich bedanke mich herzlich für das Vertrauen und freue mich auf die vor mir liegende Aufgabe, die ich mit dem gebührenden Respekt, großer Motivation und vollem Engagement angehen werde“, so der designierte Verbandsdirektor.

Stahl hat sich in den letzten Jahren vor allem durch die Begleitung der Stadt- und Landkreise bei der herausfordernden Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes um den Verband verdient gemacht. Welches große Erbe Stahl antritt, verdeutlicht Vorsitzender Bauer: „Kristin Schwarz hat durch jahrzehntelange Erfahrung in



Verbandsvorsitzender Landrat Gerhard Bauer (ganz links) neben dem designierten Verbandsdirektor Frank Stahl (Mitte) und Kristin Schwarz (ganz rechts), die ihr Amt Ende März 2026 übergibt und in den Ruhestand eintritt. Fotos: © Larissa Straub

der Kommunalverwaltung, ihre außergewöhnliche Fachexpertise und großes strategisches Geschick den KVJS zu einem in Baden-Württemberg einzigartigen kommunalen Kompetenz- und Dienstleistungszentrum entwickelt, das seinen Mitgliedern wertvolle Unterstützung bietet und wichtiger Kooperationspartner für das Land ist. Hierfür gebührt Frau Schwarz unser alle Dank und Anerkennung“.

Organisationsuntersuchung in 2026

Um den Verband zukunftsfit auszurichten, haben die Mitglieder der Versammlung außerdem beschlossen, durch eine externe Untersuchung Kernaufgaben, Prozesse und Arbeitsabläufe auf Digitalisierungs- und Automatisierungspotentiale systematisch zu analysieren und weiterzuentwickeln. Ziel ist, den KVJS auch künftig als leistungsfähigen und innovativen Kommunalverband aufzustellen und an den zukünftigen Anforderungen ausrichten.

Sima Arman-Beck

Der KVJS baut sein Informationsangebot aus

Neue Formate und Projekte

Innovationskraft und Veränderungsbereitschaft gehören zu den Kerneigenschaften eines modernen Verbandes. Der KVJS nimmt beides für sich in Anspruch und prüft regelmäßig neue Formate, um Informationen zielgruppen- und bedarfsgerecht zur Verfügung zu stellen.

Während beispielsweise über Rundschreiben aktuelle Informationen direkt per Email an die Mitglieder verschickt werden, bieten die Berichte des Kompetenzzentrums KVJS wissenschaftliche Analysen, praxisnahe Tipps zu einem speziellen Thema oder auch breite und detaillierte Betrachtungen von Fokusthemen.

Um den Mitgliedern des Verbandes aufschlussreiche Daten und Informationen künftig noch aktueller und in kürzeren Intervallen zur Verfügung stellen zu können, wurden Inhalte übersichtlicher gestaltet und künftig in drei Berichtskategorien gebündelt:

Im „**KVJS Spezial**“ wird ein spezifisches Thema praxis- und anwendungsorientiert für eine bestimmte Zielgruppe aufbereitet. Es kann Checklisten, gute Beispiele oder auch hilfreiche Linksammlungen zu weiterführenden Informationen enthalten.

Die „**KVJS Analyse**“ bildet das wissenschaftliche Format des Verbandes ab. Hier werden umfassende Analysen mit entsprechender Einordnung vorgenommen. Die Unterscheidung in KVJS Fokus und KVJS Analyse entfällt künftig.

Neu entwickelt wurde das „**KVJS Kompakt**“. Es ermöglicht eine kurze, aktuelle und fragestellungsbezogene Darstellung und Einordnung von Zahlen, Daten und Fakten.

Die kurzfristige – und ausschließlich digitale – Bereitstellung von entscheidungsrelevanten Themenzusammenhängen, Trends und Entwick-

lungen in Bezug auf externe und eigen-erhobene Daten werden dadurch ermöglicht.

Die Rundschreiben des KVJS und das KVJS Aktuell bleiben dabei in bewährter Weise erhalten.

Daten kreisscharf aufbereiten

Noch nicht vollständig umgesetzt, aber fest eingeplant, ist die Entwicklung von weiteren Angeboten, die es den Stadt- und Landkreisen ermöglichen, zu ausgewählten Themen auf Anfrage kreisscharfe Daten mit einer kurzen Einordnung zu erhalten. Hierbei handelt es sich um hilfreiche Kennzahlen, die verschiedene Themen in Zusammenhang bringen, finanzrelevante Aspekte darstellen oder zeitliche Entwicklungen und Verläufe verdeutlichen. Dies soll als weitere Unterstützung für die Sozialplanung und zur Steuerung vor Ort dienen.

Sima Arman-Beck



Gemeinsam gegen Wohnungslosigkeit

Fachforum zur besseren Vernetzung von Hilfsangeboten

An die 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer suchten auf der gemeinsamen Veranstaltung der LAGÖFW und des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration nach Möglichkeiten, die Hilfen aus unterschiedlichen Rechtskreisen besser zu verzahnen.



Konzentrierte Auseinandersetzung mit dem Thema.
Foto: © Monika Kleusch

Ursache für Wohnungslosigkeit ist meist ein ganzes Bündel an individuellen Problemen. Bei jungen Menschen sind besonders Care-Leaver gefährdet, im Nichts zwischen den Maßnahmen zu landen. Bei Erwachsenen ist es meist eine toxische Mischung aus Sucht, psychischen Problemen, Verlust des Arbeitsplatzes, Trennung vom Partners oder der Partnerin. Am Ende steht dann der Verlust der Wohnung. Dabei gibt es zahlreiche Hilfen. Nur: Wie können die besser aufeinander abgestimmt werden, um Problembündeln mit gebündelten Lösungen zu begegnen?

Ziel der vom Sozialministerium finanzierten Veranstaltung war die Vorbereitung von Handlungsempfehlungen an den Schnittstellen zwischen Wohnungsnotfallhilfe, Suchthilfe und Psychiatrie. Entsprechend war sowohl die Seite der Leistungsträger wie die der Leistungserbringer zahlreich vertreten.

Fachvorträge zur Lage der Dinge

Am Vormittag zeigten Fachvorträge den aktuellen Stand der Dinge auf. Jutta Henke, Geschäftsführerin der Gesellschaft für innovative Sozialforschung und Sozialplanung e.V. (GISS) in Bremen, richtete den Blick auf die Schnittstellen als Hotspots der Komplexität. Dr. Klaus Obert, stellvertretender Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft gemeindepsychiatrischer Verbünde e. V., referierte zu „Regionale Versorgungsverpflichtung in gemeinsamer Verantwortung – Die Vernetzung von Sozialpsychiatrischen Hilfen und Wohnungslosenhilfe“. Prof. Dr. em. Falk Roscher, ehemaliger Rektor der Hochschule für Sozialwesen Esslingen und Mitglied des Fachausschusses Sozialrecht der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, befasste sich in seinem Vortrag mit dem „Unterstützungsweg nach den §§ 67 ff. SGB XII bei Wohnungslosigkeit verbunden mit Sucht/psychischer Problematik“.

Der Nachmittag gehörte vier Workshops, in denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer engagiert zu den Themen „Integrierte Netzwerke gestalten“, „Leistungen integriert umsetzen“, „Stabilität im Wechsel schaffen“ und „Hilfe, die ankommt, auch ohne Compliance“ austauschten.

Wie weiter?

Am Ende des gemeinsamen Arbeitsprozesses standen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Hilfen gegen Wohnungslosigkeit. So sollten bereits bestehende Netzwerke wie Suchthilfe und gemeindepsychiatrische Verbünde verstärkt mit-

einander statt nebeneinander arbeiten. Eine weitere Idee ist, eine betroffene Person durch stabile Bezugspersonen und feste Teams zu betreuen und so Kontinuität herzustellen, Abbrüche zu verhindern oder besser in den Griff zu bekommen. Und schließlich gilt es, die entsprechenden Rechtskreise besser miteinander zu verzahnen.

Die in dem Fachforum zur Erarbeitung von Empfehlungen an der Schnittstelle von Wohnungs-

notfallhilfe, Suchthilfe und (sozial-)psychiatrischen Hilfen, so der vollständige Titel der Veranstaltung, gefundenen Lösungsansätze sind ein weiterer Schritt auf dem Weg zu einem landesweiten Fachkonzept in der Wohnungsnotfallhilfe. Dabei werden auch Impulse des Nationalen Aktionsplans gegen Wohnungslosigkeit „Gemeinsam für ein Zuhause“ aufgegriffen. Damit das Sicherheitsnetz für Menschen am Abgrund fester geknüpft wird.

Monika Kleusch

Immer gut informiert

Koordinierungsstelle Quartiersakademie jetzt mit eigenem Newsletter

Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie hat seit kurzem einen eigenen Newsletter. Darin werden aktuelle Themen aufgegriffen, die wichtig für eine zukunftsfähige und generationengerechte Gestaltung des Quartiers beziehungsweise des sozialen Nahraumes sind.

Der Newsletter informiert regelmäßig über das förderfähige Qualifizierungsangebot und zeigt beispielhaft auf, mit welcher Unterstützung man vor Ort gemeinsame Lösungen auf den Weg bringen kann. So widmete sich die erste Ausgabe dem Thema Engagement und Vereinsleben und die zweite Ausgabe dem Thema Alzheimer und Demenz.

Fit machen für die Quartiers- und Nachbarschaftsarbeit – dies ist das Ziel der Quartiersakademie. Die Abonnentinnen und Abonnenten erhalten in den Newslettern zudem weiterführende Links, zum Beispiel zu möglichen Ansprechpartnern. Dies soll den Menschen, die sich mit den jeweiligen Themen in ihrer Nachbarschaft oder ihrem Arbeitsfeld beschäftigen, den Zugang zu Unterstützungsangeboten und zu Qualifizierungswegen aufzeigen und erleichtern.

Angela Hantke vom Lehn

INFO

Hier können Sie sich direkt für den Newsletter der Quartiersakademie anmelden. www.quartiersakademie.de/nachrichten/nachrichten-detail/neu-newsletter-der-quartiersakademie/



Die Quartiersakademie ist Teil der Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“, und wird vom Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg aus Mitteln finanziert, die der Landtag von Baden-Württemberg beschlossen hat. Die Koordinierungsstelle Quartiersakademie ist angesiedelt beim Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS).

Sozialunternehmer in gesellschaftlicher Verantwortung

Habila-Geschäftsführer Joachim Kiefer verabschiedet sich

Mit Beginn des neuen Jahres tritt Habila-Geschäftsführer Joachim Kiefer in den Ruhestand. Im Interview blickt er auf beinahe 18 Jahre im Unternehmen und auf aktuelle und zukünftige Herausforderungen in der Eingliederungshilfe.

Wenn Sie auf Ihre Anfänge bei der Habila zurückblicken: Wo erkennen Sie die größten Veränderungen bis heute?

Prägend für diese Zeit war der Übergang von einer Betreuung und Versorgung hin zur vollen, individuellen Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Ins Bewusstsein gefördert wurde das durch die UN-Behindertenrechtskonvention. Heute hat die Idee der Inklusion das frühere Konzept der Fürsorge ersetzt.

Wie hat sich das in der praktischen Arbeit ausgewirkt?

Die Habila hat diesen Wandel aktiv mitgestaltet. Im ehemaligen Heimbereich haben wir in dieser Zeit 400 stationäre Plätze abgebaut. Parallel sind neue Angebote für 270 Menschen mit Behinderung, die einen hohen Assistenzbedarf haben, neu entstanden, und zwar integriert ins Gemeinwesen. Zusätzlich haben wir für 180 Klientinnen und Klienten ambulante Assistenzangebote dezentral aufgebaut. Der extrem angespannte Wohnungsmarkt hat uns hier Grenzen gesetzt. Im Bereich der beruflichen Teilhabe wurden ebenfalls moderne und dezentrale Konzepte umgesetzt, ergänzt durch unsere Inklusionsfirmen. Die Habila war sehr erfolgreich dabei, die klassischen Werkstattplätze zu öffnen und eigenständige AZAV-zertifizierte Berufsbildungsbereiche zu entwickeln. Die Durchlässigkeit vom Förder- und Betreuungsbereich bis hin zum ersten Arbeitsmarkt wurde dadurch entscheidend verbessert, auch mit Hilfe von Jobcoaches.

Was waren die größten Herausforderungen auf diesem Weg?

Der Paradigmenwechsel hat bei Menschen mit Behinderung große Hoffnungen geweckt, aber bei manchen auch Verunsicherung ausgelöst. Auch die Fachkräfte mussten in eine neue Rolle hineinfinden. Früher „bestimmten“ sie, was für ihre Klientinnen und Klienten gut war. Heute begleiten sie diese als Assistenten, Berater und Unterstützer auf ihrem Weg zu mehr Selbstständigkeit. Heute kann ich aber sagen: Die anfängliche Skepsis ist längst der Motivation gewichen, neue und individuellere Fördermöglichkeiten zu gestalten.

Wie beurteilen Sie die Wirkungen des Bundesteilhabegesetzes?

Das BTHG hat bei Menschen mit Behinderung und deren Angehörigen große Erwartungen geweckt, was mehr Selbstbestimmung, Anerkennung und individuelle Förderung angeht. Heute erkennt man, dass einige Veränderungen mehr Zeit brauchen als ursprünglich angenommen. Die Umsetzung bedeutet für die Leistungsträger und Leistungserbringer enorme Herausforderungen, bietet aber zugleich Menschen mit Behinderung eine große Chance für mehr personenorientierte Teilhabe.

Die notwendigen Vereinbarungen über Leistungen, Qualität und Entgelte führten zu einem gigantischen Verhandlungsmarathon. Der Verhandlungs- und Verwaltungsaufwand muss massiv reduziert werden, auch die Vielfalt und

Komplexität von Modellen. Es kommt nicht in erster Linie auf deren Zahl an, sondern auf individuell abgestufte Leistungs-Pakete für Menschen mit Behinderung.

Als Sie Geschäftsführer wurden, gab es die Habila ja noch gar nicht. Wie haben Sie die Entwicklung der GmbH und der Gesellschafterstruktur erlebt?

Ein großer Schritt in der Unternehmensentwicklung war die Abwicklung des Landeswohlfahrtsverbands und die Übertragung der Gesellschafterrechte auf den KVJS. Ein weiterer Meilenstein war die Umfirmierung von der LWV. Eingliederungshilfe zur Habila im Jahr 2019. Das Motto „Mehr Möglichkeiten schaffen“ wurde zum Leitgedanken einer neuen Unternehmenskultur.

Wie sehen Sie die Habila heute aufgestellt?

Die Habila hat sich zu einem modernen Sozialunternehmen mit strategischer Angebotsentwicklung und der Betonung fachlicher Schwerpunkte entwickelt. Die Tochterfirma Insiva ist heute eines der größten Inklusionsunternehmen Baden-Württembergs.

Der KVJS als Gesellschafter hat diesen Weg kompetent begleitet und unterstützt, als Investor für Neu- und Ersatzbauten, bei der strukturellen Weiterentwicklung der Standorte und als Motor für die Weiterentwicklung der Fachkonzepte. Als Sozialunternehmen in kommunaler Trägerschaft wird von der Habila-Gruppe auch weiterhin eine Vorreiterrolle bei Innovation, Qualität und Teilhabe erwartet. Dafür müssen kontinuierlich bedarfsgerechte, differenzierte Angebote entlang gesellschaftlicher Entwicklungen geschaffen werden, sowohl inhaltlich wie strukturell. Dass die Habila dazu in der Lage ist, hat auch die Verleihung des Bundesteilhabepreises im Jahr 2022 durch den Bundesminister für Arbeit und Soziales bewiesen.



Joachim Kiefer hat die Habila und ihre Tochterunternehmen beinahe 18 Jahre lang als Geschäftsführer geleitet.

Foto: © Habila

Was waren für Sie persönlich die prägenden Themen und Erfahrungen als Geschäftsführer?

Inhaltlich war neben der Integration vieler Assistenzangebote in ein nachbarschaftliches Umfeld die Entwicklung neuer fachlicher Angebote für besondere Zielgruppen ein großer Erfolg. Als Beispiele nenne ich das „Langfristig intensiv betreute Wohnen“ in Ulm, das Fachzentrum für chronische psychische Erkrankungen in Ellwangen oder die neurologische Langzeitpflege in Reutlingen.

Mit der Gründung und erfolgreichen Entwicklung der Inklusionsfirma Insiva 2012 konnten wir zusätzliche Angebote auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt schaffen, vom Catering über Garten- und Landschaftspflege, einer Radstation und Dienstleistungen für Industrie und Handel bis zu Onlineshops. Die zentrale Verwaltung in Tübingen haben wir zu einem modernen Dienstleistungszentrum für das gesamte Unternehmen gemacht, in dem die Standorte in Zukunft mit softwaregestützten Prozessen und KI-Einsatz unterstützt werden.

Das Interview führte Stephan Gokeler

Hinweis: Die ausführliche Fassung des Interviews lesen Sie im Habila-Überblick, Ausgabe 53, abrufbar unter Mehr Möglichkeiten für Menschen mit Behinderung - Habila

Oliver Cosalter neuer Geschäftsführer der Habila GmbH



Neuer Geschäftsführer bei der Habila GmbH:
Oliver Cosalter - Habila Foto: © Privat

Am 1. November 2025 beginnt Oliver Cosalter als Nachfolger von Joachim Kiefer in der Geschäftsführung der Habila und deren Tochterfirmen Insiva und Zemo. Nach einer Übergangsphase geht die Geschäftsführung am 1. Januar 2026 auf ihn über. Joachim Kiefer wird in den wohlverdienten Ruhestand treten. Die Entscheidung für Oliver Cosalter

als künftigen Geschäftsführer fiel einstimmig im Ausschuss für Eingliederungshilfe- und Integrationsgesellschaften des Gesellschafters der Habila GmbH, dem Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg.

In den vergangenen Jahren war Cosalter als Regionalvorstand der Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. im Regionalverband Ostwürttemberg tätig und verantwortete dort die strategische Entwicklung, Organisation, Finanzen und Personalführung für rund 1.000 Mitarbeitende an mehreren Standorten.

„Die Kombination aus sozialer Wirksamkeit, wirtschaftlicher Verantwortung und strategischer Gestaltung reizt mich besonders – gerade in einem werteorientierten, kommunal getragenen Umfeld. Als Geschäftsführer sehe ich mich als Impulsgeber, Ermöglicher und Brückenbauer zwischen Fachlichkeit, Wirtschaftlichkeit und gesellschaftlicher Wirkung“, so Cosalter zu seiner Motivation und Herangehensweise an die neue Aufgabe.

Habila

Habila: Bewohnerbeirattreffen 2025

Das Bewohnerbeirattreffen 2025 fand am 25. September in Ellwangen statt. Unter dem Motto „Mitbestimmung bleibt, weil Teilhabe zählt“ tauschten Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Regionen gemeinsam mit Bereichsmanager Thomas Jaskolka und Thomas Klement, Leitung STP Ostwürttemberg, zu aktuellen Themen aus, wie dem Stand der geplanten Neubauprojekte, die Situation der hausärztlichen Versorgung, Änderungen durch das neue Teilhabe- und Pflegequalitätsgesetz sowie Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel und Chancen der Digitalisierung. Die Sitzung bot Raum für gelebte Teilhabe. Die Beteiligung



Die Teilnehmer des Bewohnerbeirat 2025 Foto: © Habila

der Bewohnerinnen und Bewohner bleibt ein zentraler Bestandteil der Weiterentwicklung der Habila-Standorte.

Thomas Jaskolka

Pflege-WGs als elementarer Baustein im Quartier

FaWo-Fachtag blickt auf Wohn- und Pflegekonzepte von morgen

Wie sieht eine zukunftsfähige Versorgung von Menschen mit Pflegebedarf aus? Welche Rolle spielen dabei innovative Wohn- und Pflegeangebote? Und wie gelingt die Kooperation aller Akteure? Dies und mehr diskutierten die Teilnehmer der jüngsten Fachtagung der Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo).



Frank Stahl, Stellvertretender Verbandsdirektor des KVJS, begrüßte die Gäste zum FaWo-Fachtag, der unter anderem den Entwurf des künftigen Teilhabe- und Pflegequalitätsgesetzes thematisierte. Foto: © Angela Hantke vom Lehn

der Stellvertretende KVJS-Verbandsdirektor Frank Stahl die Teilnehmer begrüßte und zugleich dazu ermutigte, effektive Strategien und zukunftsorientierte Modelle zu entwickeln: „Lassen Sie uns gemeinsam an lebenswerten Quartieren in Baden-Württemberg arbeiten, die über geeignete Wohnangebote auch für Menschen mit Pflege- und Assistenzbedarf verfügen.“ Gleichzeitig unterstrich Stahl die Rolle der Verantwortungsgemeinschaft im „Hinwirken auf ein kollektives Bewusstsein für die Bedeutung von Pflege und Betreuung in einer älter werdenden Gesellschaft.“

Weiterentwicklung ist ein Muss

Antworten auf den demografischen Wandel und die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen können innovative Wohnangebote sein, etwa in Form von Pflege-WGs. Darüber war man sich auf dem Fachtag einig und erörterte nach Impulsvorträgen und Beiträgen aus dem Sozialministerium konzeptionelle Ideen der Weiterentwicklung. Dabei immer im Blick: der soziale Zusammenhalt innerhalb eines generationengerechten Quartiers.

Ulrike von Siegroth

Fachimpulse, Praxisforen und die Möglichkeit zur direkten Vernetzung: All das bot die Fachtagung der Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen (FaWo), die Mitte November rund 140 Teilnehmer in Stuttgart versammelte und gemeinsam mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg ausgerichtet wurde.

Aufgabe geht alle an

„Wohnen, Pflegen und Quartier: Räume für neue Lösungen“ lautete der Titel der Tagung, zu der

INFO

Mehr zur Fachstelle ambulant unterstützte Wohnformen sowie ihrem Service- und Beratungsangebot finden Sie unter: www.fawo-bw.de



Die Zahl der Pflegebedürftigen wächst auch bis 2040 stetig weiter. Foto: © CHW - stock.adobe.com

Pflege im Jahr 2040: Analyse veröffentlicht

Mehr Pflegebedürftige und eine erhöhte Nachfrage nach bedarfsgerechten Lösungen

Zum vierten Mal hat der KVJS seine Analyse „Fokus Pflege – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise“ veröffentlicht. Die Publikation bietet fundierte Orientierungshilfe und enthält praxisnahe Handlungsempfehlungen für die kommunale Pflegeplanung – erstmals auch mit Ergebnissen auf Gemeindeebene.

Wie entwickelt sich der Pflegebedarf bis 2040? Auf Grundlage der aktuellen amtlichen Pflegestatistik prognostiziert die KVJS-Analyse den künftigen Bedarf an ambulanten, teilstationären und vollstationären Pflegeangeboten in Baden-Württemberg. Für Städte, Kreise und Kommunen gewinnt die Pflegeversorgung weiter an Bedeutung, denn in den kommenden Jahren werden deutlich mehr Menschen Unterstützung benötigen.

Die wichtigsten Entwicklungen

Die Zahlen verdeutlichen, wie stark der demografische Wandel das Land verändert und übertra-

schen nicht. Im Jahr 2040 werden in Baden-Württemberg voraussichtlich rund 744.000 Menschen pflegebedürftig sein. Das sind 19 Prozent mehr als im Jahr 2023. Auch der Anteil der Pflegebedürftigen an der Gesamtbevölkerung steigt von 5,6 auf 6,4 Prozent.

Die Nachfrage nach ambulanten und stationären Pflegeangeboten wächst weiter. Gleichzeitig steigt die Zahl der Menschen, die zu Hause von Angehörigen gepflegt werden. Schätzungsweise 411.000 Personen werden im Jahr 2040 häuslich betreut. Ein Plus von 18 Prozent.

Weitere 239.000 Menschen werden professionelle Unterstützung durch ambulante oder stationäre Pflege in Anspruch nehmen. Im Vergleich zum Jahr 2023 ist das ein Anstieg um 22 Prozent. Auch der Bedarf an Unterstützung im Alltag nimmt zu. Knapp 94.000 Personen und damit 18 Prozent mehr als noch 2023 werden Angebote zur Unterstützung im Alltag benötigen.

Pflege zukunftsfest gestalten

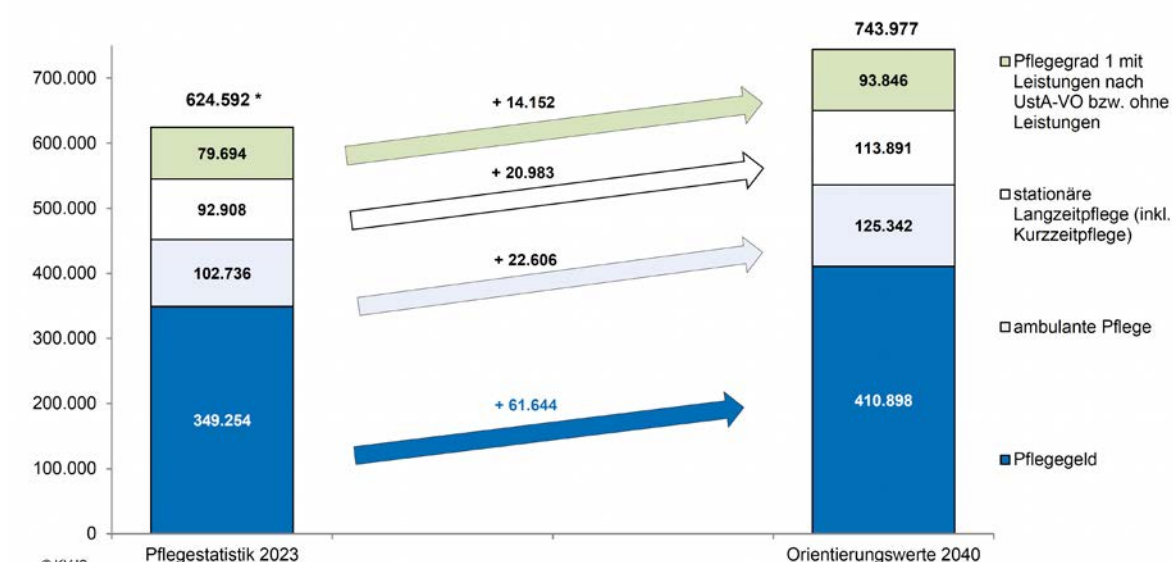
„Die Stadt- und Landkreise stehen vor großen Herausforderungen“, betont KVJS-Verbandsdirektorin Kristin Schwarz. „Steigende Kosten in allen Bereichen belasten Pflegebedürftige, Angehörige und kommunale Haushalte. Gleichzeitig müssen vor Ort Strukturen entstehen, die der wachsenden Nachfrage gerecht werden.“

Die Ergebnisse der Analyse verdeutlichen, dass nicht nur die Anzahl der Pflegeplätze, sondern die Abstimmung von Angebot und Bedarf entscheidend ist. Pflege- und Wohnkonzepte müssen so gestaltet sein, dass Menschen in ihrer vertrauten Umgebung gut unterstützt leben können. Dafür braucht es starke kommunale Strukturen, flexible Lösungen und neue Ansätze, die auf demografische Besonderheiten eingehen und Versorgungslücken schließen.

Der Bericht ist unter www.kvjs.de/publikationen abrufbar. Bei Interesse an weiterführenden Analysen, einem alternativen Szenario oder einem Kreistransfer steht der KVJS seinen Mitgliedern gerne zur Verfügung.

Victoria Weht

Pflegeleistungen im Jahr 2023 und Orientierungswerte für das Jahr 2040 nach der Status-Quo-Berechnung für Baden-Württemberg



*einschließlich 239 Personen in Pflegegrad 1 mit ausschließlich teilstationären Leistungen

Grafik: KVJS: Datenbasis: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Bevölkerungsvorausrechnung auf Basis der Bevölkerungsstatistik zum 31.12.2023 sowie Pflegestatistik 2023. Abweichungen rundungsbedingt. Berechnungen: KVJS.

Psychiatrische Versorgung in Baden-Württemberg

Neue Analyse zeigt zentrale aktuelle Entwicklungen

Vor kurzem ist die neue Ausgabe der Dokumentation Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV-Dokumentation) mit aktuellen Daten und fundierten Analysen erschienen. Sie ist ein Gemeinschaftsprojekt des KVJS zusammen mit dem Städtetag und dem Landkreistag Baden-Württemberg.

„Die GPV-Dokumentation bietet einen transparenten Überblick über die psychiatrische Versorgungslandschaft in Baden-Württemberg und ist damit ein wertvolles Instrument für die kommunale Sozialplanung der Stadt- und Landkreise“, unterstreicht KVJS-Referatsleiterin Heidrun Meyer. Die Dokumentation trägt dazu bei, die bestehenden Angebote besser zu koordinieren und Bedarfe vor Ort in den Kommunen zu erkennen.

Konkret werden die Strukturen im Gemeindepsychiatrischen Verbund, die Leistungen und

Angebote der Eingliederungshilfe, die ambulanten Behandlungsangebote sowie die niedrighschwelligen Angebote für Menschen mit psychischer Erkrankung analysiert.

Mehr Teilhabe am Arbeitsleben

Erstmals wurde auch die Partizipation im GPV abgefragt. Um ein differenziertes Datenmaterial zur Verfügung zu stellen, sind neben den KVJS-Erhebungen zusätzliche Daten eingeflossen, unter anderem vom Statistischen Landesamt zu

F-Diagnosen – also dem Hinweis auf eine psychische Störung – sowie von der Kassenärztlichen Vereinigung Baden-Württemberg zur fachärztlich-therapeutischen Versorgung.

Die Publikation fasst darüber hinaus wesentliche Entwicklungen zusammen. In Bezug auf die soziale Teilhabe von Menschen mit psychischen Erkrankungen ist beispielsweise zu erkennen, dass sich der Trend der vergangenen Jahre zur sogenannten Ambulantisierung fortsetzt: Immer mehr Personen erhalten Assistenzleistungen in den eigenen vier Wänden oder in einer Wohngemeinschaft statt in besonderen Wohnformen.

Differenziertes Datenmaterial

Im Bereich der Teilhabe am Arbeitsleben kann ein Erfolg verbucht werden: Die Anzahl an Beschäftigten in Inklusionsbetrieben und Personen mit ergänzendem Lohnkostenzuschuss steigt kontinuierlich. Dadurch wird mehr Menschen mit

psychischer Erkrankung ein sozialversicherungs-pflichtiger Arbeitsplatz auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt ermöglicht.

Die Publikation verweist zudem auf einen starken Anstieg psychischer Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen. Demgegenüber stehen unter anderem eine bislang niedrige Anzahl an Jugendpsychiatrischen Verbünden und ein zu niedriger Versorgungsgrad mit Fachärzten für Kinder- und Jugendpsychiatrie.

Die GPV-Dokumentation ist in ihrer vollständigen Länge auf der Internetseite des KVJS abrufbar unter www.kvjs.de/publikationen. Als Beratungs- und Dienstleistungszentrum steht der KVJS darüber hinaus für Kreistransfers zur Verfügung.



Julia Holzwarth / Auszug aus GPV-Doku



Alle zwei Jahre liefert die GPV-Doku einen aktuellen Überblick zur Versorgungslage. Foto: © Pungkas - stock.adobe.com



Foto: © rogerphoto - stock.adobe.com

Neues zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG)

Aktueller Stand zur Modellkonsolidierung und den BTHG-bedingten Mehraufwendungen

Das BTHG stellt Leistungsträger, Leistungserbringer wie Leistungsberechtigte weiterhin vor enorme Herausforderungen. Der Verwaltungsaufwand aber auch die Kostenentwicklung machen Nachsteuerungen und einfachere Verfahren zwingend erforderlich.

Im Bereich der besonderen Wohnformen hat die Heterogenität der Leistungs- und Vergütungssystematiken in den letzten Jahren stetig zugenommen. Die Administration dieser Vielzahl an Modellen ist mit einem massiven Aufwand verbunden. Im Februar wurde deshalb ein Prozess zur Modellkonsolidierung gestartet (wir berichteten). Die kommunale Zielsetzung besteht darin, am Ende des Prozesses nur noch ein landeseinheitliches Modell zu haben – welches, ist dabei noch offen.

Während sich die Leistungserbringer nach wie vor für drei Modelle aussprechen, hat nun auch das Sozialministerium den Wunsch nach einem geeinten landesweiten Modell unterstrichen. Wie das zuständige Sozialministerium betont, sei das Scheitern des Prozesses keine Option. Im Zweifel

würde der Erlass einer entsprechenden Rechtsverordnung geprüft.

Kommunale Familie für landeseinheitliches Modell

Zur Bekräftigung der gemeinsamen kommunalen Position wurden in den zuständigen Gremien von Landkreistag, Städtetag und KVJS unlängst gleichlautende Beschlüsse eingebracht und verabschiedet. Zentrale und unabdingbare Forderung ist die Verständigung auf ein landeseinheitliches Modell, das möglichst bis Ende 2026 entwickelt und umsetzungsbereit sein soll.

Durch nur ein Modell soll der administrative Aufwand deutlich verringert und die Transparenz

erhöht werden. Das Land wird zudem aufgefordert, im Zweifel zum Erlass einer Rechtsverordnung bereit zu sein. In Abwägung aller zeitlichen und verhandlungsrelevanten Faktoren sollte jedoch nach wie vor auf eine Einigung auf dem Verhandlungsweg hingewirkt werden, da im Falle einer Rechtsverordnung möglicherweise die (Teil-) Kündigung des aktuellen Landesrahmenvertrages notwendig wäre.

BTHG-bedingte Mehraufwendungen und interkommunale Verteilung

Grundsätzlich stellt die geschlossene Finanzvereinbarung eine wesentliche Grundlage für die Stadt- und Landkreise dar, um Erstattungsleistungen des Landes zu erhalten. Für die Jahre 2022 und 2023 hat das Land eine Schlusszahlung in Höhe von rund 88 Millionen Euro zugesagt. Die Nachweisführung für die BTHG-bedingten Mehrkosten bleibt komplex, eine Pauschalierung könnte perspektivisch Abhilfe schaffen.

Digitales BEI_BW und Gesamtplan veröffentlicht

Um die Träger der Eingliederungshilfe bei der Dokumentation des Teilhabeprozesses zu unter-

stützen, stehen ab sofort das digitale Bedarfsermittlungsinstrument BEI_BW sowie der Gesamtplan digital zur Verfügung. Besonders wertvoll dabei sind Hinweise, die den Feldern zugewiesen sind und sich per Mausklick öffnen. Grundlage der Ausfüllhinweise bilden die Empfehlungen des Ministeriums, die Rechtsgrundlagen zur Gesamt- und Teilhabeplanung sowie die Praxisempfehlungen des KVJS zu Gesamtplan und Verfahren.

Sima Arman-Beck

Hier geht's zu den Dokumenten:

Digitales BEI_BW:

<https://formulare.virtuelles-rathaus.de:443/metaform/Form-Solutions/sid/assistant/6841b9ca9d633458d6acaef7>



Gesamtplan:

<https://formulare.virtuelles-rathaus.de:443/metaform/Form-Solutions/sid/assistant/68f9b559ed62ea673350c2fc>



Wenn Deutsche fern der Heimat in Not sind

KVJS betreut Menschen in existentiellen Notlagen weltweit

Auch im Ausland können Deutsche in eine außergewöhnliche Notlage geraten. Unter bestimmten Umständen greift dann der deutsche Sozialstaat ein. Im Interview gibt Referatsleiter Rouven Wrtal Einblicke in die Verfahrensabläufe und Rolle des KVJS.

Herr Wrtal, viele Menschen wissen gar nicht, dass auch Deutsche im Ausland unter bestimmten Umständen Sozialhilfe erhalten können. Unter welchen Voraussetzungen ist dies möglich?

Deutsche im Ausland erhalten grundsätzlich keine Leistungen. Hiervon kann im Einzelfall nur abgewichen werden, soweit dies wegen einer außergewöhnlichen Notlage unabwendbar ist und zugleich nachgewiesen wird, dass eine Rückkehr in das Inland nicht möglich ist. Dies gilt etwa, wenn ein Kind aus rechtlichen Gründen im Ausland bleiben muss und seine Pflege und Erziehung vor Ort erforderlich ist, wenn eine Person aufgrund einer schweren Pflegebedürftigkeit oder einer längerfristigen stationären Betreuung in einer Einrichtung nicht reisen kann oder wenn eine Rückkehr durch hoheitliche Gewalt verhindert wird.

Was sind das für Notlagen? Können Sie konkrete Beispiele benennen?

Es handelt sich beispielsweise um Frauen mit minderjährigen Kindern, die aus rechtlichen Gründen im Ausland bleiben müssen, weil die Väter die Ausreise verbieten und eine Ausreiseperrre vorliegt. Bei pflegebedürftigen Personen ist entscheidend, dass aufgrund der Schwere der Pflegebedürftigkeit eine Rückkehr nach Deutschland nicht möglich ist. Die Mehrzahl unserer betreuten Fälle befindet sich in ausländischen Haftanstalten. Die Haftbedingungen sind oft sehr schlecht. Hier leisten wir Hilfe zum Lebensunterhalt in Form eines Barbetrages, um ein menschenwürdiges Existenzminimum zu gewährleisten.

Welche Aufgabe hat der KVJS – und wie läuft das in der Praxis ab?

Wegen der Ortsnähe zum Antragsteller kommt der Zusammenarbeit mit den deutschen Botschaften im Ausland bei der Vorbereitung der Entscheidung über die Sozialhilfeleistung besondere Bedeutung zu. Die Botschaft nimmt den Antrag in der Regel entgegen und nimmt die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse auf. Zusammen mit einer Stellungnahme, welche den Sachverhalt bewertet und beispielsweise vorrangige Leistungen des Aufenthaltslandes klärt, werden die Unterlagen an uns weitergeleitet. Der KVJS ist als überörtlicher Sozialhilfeträger für die abschließende Prüfung und Entscheidung über die Leistungen zuständig. Er entscheidet gegenüber dem Antragsteller und informiert die Auslandsvertretung, welche die Auszahlungen vornimmt.

Wie gestaltet sich das Antragsaufkommen und in welchen Ländern leben die Menschen, deren Fälle der KVJS aktuell betreut?

Bei uns gehen jährlich viele Anfragen ein. Bei vielen Personen liegt das Missverständnis vor, dass sie aufgrund geringen Einkommens und Vermögens einen Anspruch vergleichbar der deutschen Sozialhilfe hätten. Das Gesetz schreibt jedoch die drei genannten Rückkehrhindernisse zwingend vor. Die Beratung und Bearbeitung der Anträge gestaltet sich sehr zeitaufwändig. Aktuell betreuen wir Fälle in Mexiko, Indonesien, Südafrika, Griechenland, Thailand und den USA.

Das Interview führte Sima Arman-Beck

KVJS-Inklusions- und Integrationsamt: Neuer Newsletter

Um Sie noch besser zu informieren, was in Baden-Württemberg bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen gerade aktuell ist, hat das Inklusions- und Integrationsamt dem KVJS einen neuen Newsletter gestartet.

Das erwartet Sie in der ersten Ausgabe:

- Was macht der Inklusions- und Integrationsfachdienst eigentlich genau?
- Wie stelle ich im Internet mein persönliches Informationsangebot auf „Mein KVJS“ zusammen?
- Barrierefreiheit im Internet ist jetzt gesetzlich verpflichtend. Was bedeutet das konkret?

Außerdem haben wir für Sie ein interessantes Beispiel für gelungene Inklusion in den Job und

nützliche Fortbildungstipps. Der neue Newsletter wird zunächst vier Mal im Jahr erscheinen.

Monika Kleusch

Gleich kostenlos abonnieren:

www.kvjs.de/inklusion-beruf/aktuelles-newsletter-publikationen/newsletter-kvjs-integrationsamt



Konversionsprojekt: Start für wissenschaftliche Begleitung

Das Modellprojekt zur Konversion von Arbeitsplätzen in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung (WfbM) in Arbeitsplätze in einem Inklusionsunternehmen (s. Seite 20) wird wissenschaftlich begleitet und evaluiert vom Institut für Technologie und Arbeit (ITA) Kaiserslautern. Die Schneider Organisationsberatung aus Trier ist ebenfalls beratender Partner des Projekts.

Ziel des parallel laufenden Forschungsprojekts ist die schrittweise Erarbeitung einer geteilten Erfahrungs- und Wissensbasis sowie die Etablierung von Standards in Bezug auf Information des WfbM-Fachpersonals, der Gruppenleitungen, der Beschäftigten und der Einbezug von Angehörigen zum Konversionsprojekt. Die Rahmenbedingungen zur Vorbereitung auf die Konversion sollen zudem fortlaufend an den aktuellen Stand der Erkenntnisse angepasst werden.

Der Einstieg in das Konversionsprojekt ist jederzeit möglich. Dieser Zeitversatz ermöglicht Lernen der „jüngeren“ von den „älteren“ Projektteilnehmenden, die so Peer-Unterstützung bekommen. Für die teilnehmenden Akteure ist die Vernetzung auf unterschiedlichen Internet-Plattformen vorgesehen. Alle Projektbeteiligten haben hier Zugriff und können sich so direkt austauschen und informieren.

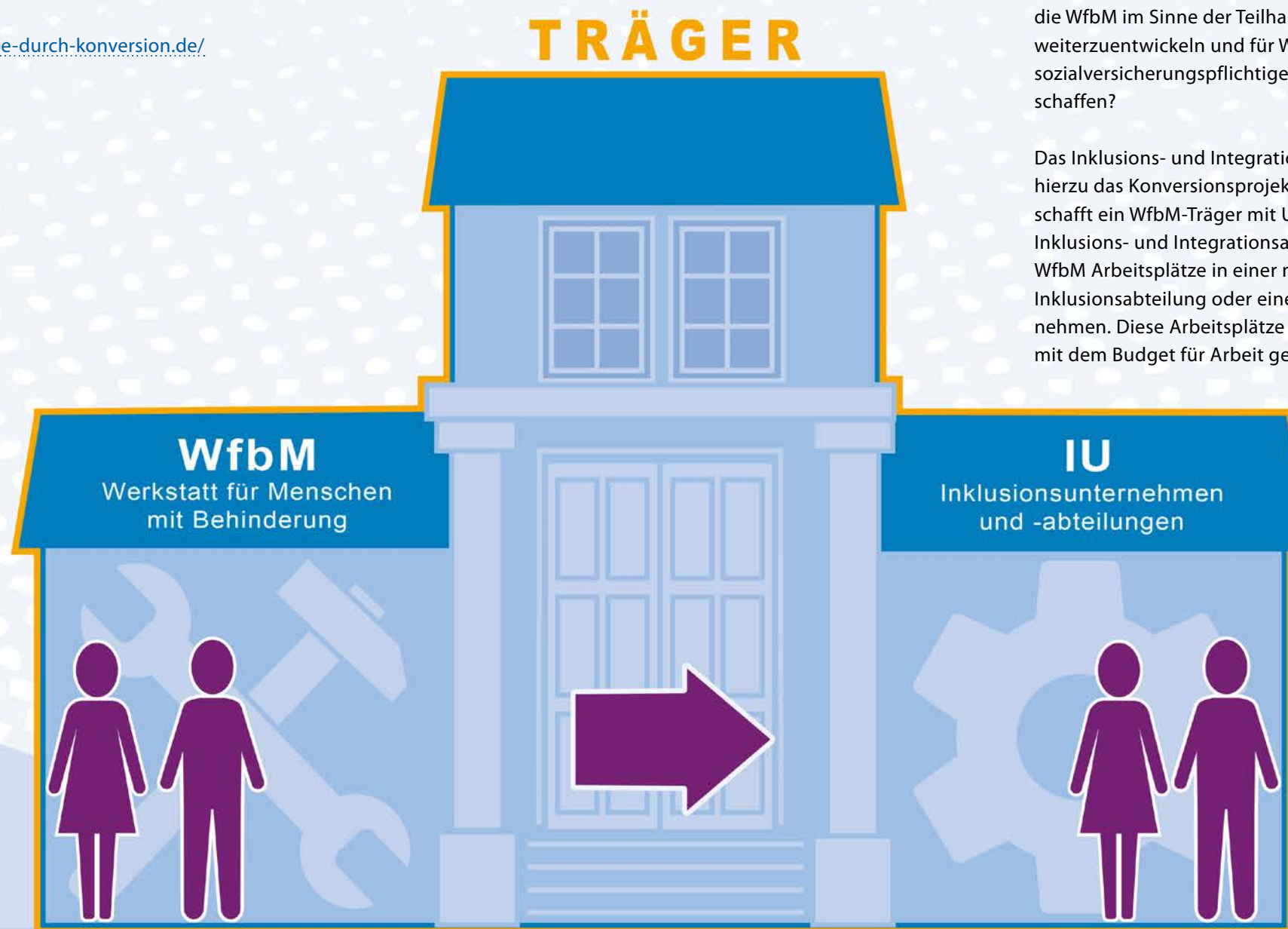
Anfang November 2025 veranstaltete das Inklusions- und Integrationsamt des KVJS zum Start des begleitenden Forschungsprojekts ein Online-Kick off, an dem zahlreiche interessierte Vertreterinnen und Vertreter von WfbM teilnahmen. Den aktuellen Stand des Konversionsprojekts bietet eine eigene Webseite unter <https://teilhabe-durch-konversion.de/>.



Monika Kleusch

KONVERSIONS-PROJEKT

www.teilhabe-durch-konversion.de/



KVJS-Pilotprojekt zur Weiterentwicklung der WfbM

In Baden-Württemberg gibt es rund 270 Werkstätten für Menschen mit Behinderung (WfbM) mit etwa 27.000 Beschäftigten. Wie kann es gelingen, die WfbM im Sinne der Teilhabe am Arbeitsleben weiterzuentwickeln und für WfbM-Beschäftigte sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze zu schaffen?

Das Inklusions- und Integrationsamt des KVJS hat hierzu das Konversionsprojekt entwickelt. Dabei schafft ein WfbM-Träger mit Unterstützung des Inklusions- und Integrationsamts außerhalb der WfbM Arbeitsplätze in einer neu eingerichteten Inklusionsabteilung oder einem Inklusionsunternehmen. Diese Arbeitsplätze können zusätzlich mit dem Budget für Arbeit gefördert werden.

Wissenschaftlich begleitet und evaluiert wird das Pilotprojekt vom Institut für Technologie und Arbeit (ITA) Kaiserslautern. Es soll fördernde und hemmende Faktoren bei der Weiterentwicklung von Angeboten zur Teilhabe am Arbeitsleben von Menschen mit Behinderung identifizieren. Außerdem werden die Auswirkungen der veränderten Beschäftigungssituation auf die Lebenssituation der teilnehmenden Menschen mit Behinderung untersucht, sowie die Auswirkungen auf Leistungserbringer und Leistungsträger.

Monika Kleusch



KVJS & EGH*

- Begleitung
- Förderung
- Forschung

*Eingliederungshilfe

ITA**

- Beratung
- Evaluation

**Institut für Technologie und Arbeit



„Die EAA müssen noch bekannter werden“

Die Einheitlichen Ansprechstellen aus Sicht der Arbeitgeber

Seit 2022 gibt es die Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA), diese sollen aktiv über Möglichkeiten und Chancen bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen informieren. Ist der neue Service bei den Arbeitgebern angekommen? Dazu ein Gespräch mit Thorsten Würth von der Arbeitgebervereinigung Verband Unternehmer Baden-Württemberg /Südwestmetall.

Herr Würth, die Schaffung der EAA geht nicht zuletzt auf den Wunsch der Arbeitgeber zurück, die bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen Beratung aus einer Hand haben wollen. Wird das Angebot der EAA jetzt auch genutzt?

Die EAA werden von den Arbeitgebern grundsätzlich positiv gesehen. Allerdings müssen wir weiter den Bekanntheitsgrad erhöhen. Was am besten wirkt, sind gute Beispiele dafür, wie die EAA Arbeitgeber und Arbeitnehmer mit Behinderung zusammengebracht haben. Die gibt es ja. Wir müssen sie noch stärker vermarkten.

Gibt es einen Bereich, in dem sich die Arbeitgeber mehr Informationen von den EAA wünschen?

Ein großes Thema ist Qualifizierung. Hier könnte ich mir gut mehr Beratung durch die EAA vorstellen. Beispielsweise bieten seit sechs

Jahren viele unserer Mitglieder im Arbeitgeberverband Teilqualifizierungen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ohne Berufsabschluss an. Dieses berufsbegleitende Angebot könnte auch für Menschen mit Schwerbehinderung interessant sein. Mehr Arbeitgeber für solche Teilqualifizierungen zu sensibilisieren könnte sich lohnen.

Die EAA sollen ja ausdrücklich Unternehmen bei Fragen zu Ausbildung, Einstellung, Berufsbegleitung und Beschäftigungssicherung von Personen mit Schwerbehinderung beraten. Wie sieht es beim Thema Ausbildung aus?

Hier würde ich mir mehr Unterstützung beim Übergang Schule/Beruf wünschen. Die Frage ist auch, wie schaffen wir es, mehr Personen aus der Werkstatt für Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Da profitieren die EAA in Baden-Württemberg natürlich davon, dass sie bei den Integrationsfachdiensten (IFD) angesiedelt sind und bei Bedarf auch mal den IFD-Hut aufsetzen können. Den Übergang von der Schule in Arbeit zu begleiten ist eine zentrale Aufgabe der IFD.

Das stimmt. Ein Kernproblem bleibt aber, dass die EAA wie die IFD bei vielen Arbeitgebern, gerade den kleineren, nicht bekannt sind. Um das zu ändern, wurde 2022 die Kontakt-

und Kooperationsstelle Inklusion gegründet, finanziert von uns und dem KVJS. Die Stelle ist bei unserem Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft angesiedelt. Aufgabe der Kontaktstelle ist es, Arbeitgeber für das Thema Inklusion zu sensibilisieren. Sie sollen eine dauerhafte Struktur zwischen Unternehmen und den EAA schaffen.

Gibt es schon greifbare Ergebnisse der Kontakt- und Kooperationsstelle Inklusion?

Die Koordinierungsstelle ist bei Terminen von Arbeitgeberorganisationen vor Ort und auf Netzwerktreffen und Messen präsent. In unserem Verband Südwestmetall hat sie die EAA in allen 13 Bezirksgruppen bei Personalleiterunden vorgestellt. Ihre Webinare und die Veranstaltungen werden sehr gut angenommen. Das sollte beibehalten werden. Aber gerade in der Medienpräsenz bleibt noch Luft nach oben.

Das Interview führte Monika Kleusch

Zur Person

Thorsten Würth ist Leiter des Referats Arbeitsmarktpolitik und Weiterbildung / Politik, Bildung und Arbeitsmarkt beim Verband Unternehmer Baden-Württemberg (UBW). Der Verband bündelt und moderiert die wirtschafts-, sozial-, arbeits-, gesellschafts- und bildungspolitischen Interessen von rund 70 Mitgliedsverbänden sowie rund 100 Einzelunternehmen aus Industrie, Dienstleistung, Handel, Handwerk und Landwirtschaft.

Thorsten Würth ist zudem stellvertretendes Mitglied für die Arbeitgeber im Beratenden Ausschuss beim KVJS-Integrationsamt.



Thorsten Würth will mehr Sichtbarkeit der EAA.
Foto: © Monika Kleusch

Lesetipp: Ein Fall für die EAA

Das Digitalmagazin der Bundesarbeitsgemeinschaft der Integrationsämter und Hauptfürsorgestellen (BIH) stellt in loser Reihenfolge interessante EAA-Beispiele auf seiner EAA-Themenseite vor. Schauen Sie mal rein: Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) | BIH www.bih.de/integrationsaemter/themen-kompakt/einheitliche-ansprechstellen/

Fachtag EAA: Zunehmende Anfragen und wachsende Vernetzung

Dieses Ergebnis kann sich sehen lassen: Für das Jahr 2024 verzeichnet die Statistik 1.751 Arbeitgeberberatungen und Unterstützungsprozesse der Einheitlichen Ansprechstellen für Arbeitgeber (EAA) in Baden-Württemberg. Beim Fachtag der EAA-Fachberaterinnen und -berater im Oktober wurde nun über die fachlichen Zukunftsperspektiven der EAA diskutiert.

So will man künftig verstärkt die Inklusionsbeauftragten von Unternehmen in den Blick nehmen. Ein gutes Beispiel dafür stellte eine Fachberaterin aus dem Schwarzwald-Baar-Kreis vor. In Zusammen-

arbeit mit der Inklusionsbeauftragten des Unternehmens Hansgrohe in Schiltach soll ein lokales Netzwerk von Inklusionsbeauftragten im Kreis entstehen. Ein Beispiel, das Schule machen sollte, war man sich einig.

Die baden-württembergischen EAA wollen auch ihre Präsenz in den sozialen Medien steigern. Aktuell gibt es schon eine neue, eigene Homepage. Zuvor waren die EAA über die Seite www.ifd-bw.de zu finden, da sie bei den Integrationsfachdiensten angesiedelt sind. Die neue Domain lautet: www.eaa-bw.de.

Monika Kleusch

Zahlen der Einheitliche Ansprechstellen für Arbeitgeber	2022 Fälle	2023 Fälle	2024 Fälle
Arbeitgeberberatungen und Unterstützungsprozesse	935	1.550	1.722
davon Beratungen zum Thema generell	304	437	408
und Beratungen zu Einzelfällen	631	1.113	1.314
Ergebnisse zu Einzelfällen	232	428	505
davon Arbeitsverhältnisse	38	63	76
davon Ausbildungsverhältnisse	6	9	9
davon Arbeitssituation gesichert	90	161	178
davon Übergänge in IFD-Betreuung für schwerbehinderte Menschen	98	195	242

Quelle: Erhebung KVJS-Inklusions- und Integrationsamt

Lebenshilfe Zollernalb: Strom vom Parkplatz

Seit 2007 investiert die Stiftung Lebenshilfe Zollernalb in Photovoltaikanlagen. 2024 hat sie dabei erstmalig zwei ihrer betrieblichen Standorte mit Parkplatzüberdachungen inklusive großflächiger Photovoltaikanlagen ausgestattet. Die Stahlkonstruktionen stammen von dem Tochterunternehmen, der AIZ GmbH – einem Inklusionsunternehmen, in dem Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt im Rahmen sozialversicherter Arbeitsplätze zusammenarbeiten.

Mit der Errichtung von Photovoltaik-Parkplatzüberdachungen will die Lebenshilfe einen aktiven Beitrag zur Energiewende durch dezentrale, regenerative Stromerzeugung leisten.

Zudem stärkt es die Energieautonomie. Positiver Nebeneffekt ist die Entwicklung von einschlägigen Eigenprodukten, die langfristig auch für externe Unternehmen interessant sein könnten. Das sichert nicht zuletzt Arbeitsplätze.

Monika Kleusch



Gute Bildung ist eine Investition in die Zukunft. Foto: © contrastwerkstatt - stock.adobe.com

Reallabor Heilbronn: Im Einsatz für zukunftsfähige Bildung

KVJS-Expertise ist im Beirat des Pilotprojekts vertreten

Mit Beginn des Schul- und Kitajahres ist das Reallabor Heilbronn gestartet – ein Projekt mit Pioniercharakter: Einrichtungsververtretungen aus der Praxis arbeiten mit Experten aus der Wissenschaft zusammen, um innovative Bildungsansätze zu entwickeln. Hinter dem Vorhaben steht die Initiative Zukunftsbildung (IZB).

In unserer schnelllebigen, krisenreichen Zeit gilt es, die (früh)kindliche Bildungsarbeit in Kita und Grundschule ganz gezielt in den Blick zu nehmen, um sie angesichts zukünftiger Herausforderungen erfolgreich gestalten zu können. Mit diesem Anspruch ist das Reallabor Heilbronn im September an den Start gegangen.

Gebündelte Innovationskraft

Dieses von der gemeinnützigen Initiative Zukunftsbildung ins Leben gerufene regionale Netzwerk versammelt Fach- und Lehrkräfte aus rund 30 Kitas und Grundschulen des Stadt- und Landkreises Heilbronn. Gemeinsam mit Bildungsforschern werden in enger Kooperation neue sowie vor allem zukunftsorientierte und passgenaue Konzepte erarbeitet. Diese können dann vor Ort, also unter realen Bedingungen, erprobt

und gleichzeitig wissenschaftlich begleitet werden. Unterstützung erfährt das Projekt durch die Dieter Schwarz-Stiftung sowie das Kultusministerium Baden-Württemberg.

Know-how aus dem KVJS

Flankiert wird das Reallabor Heilbronn durch einen breit aufgestellten Beirat, der mit seiner fachlichen Expertise beratend zur Seite steht und so innovative und kreative Ideen mit voranbringt. Für den Verband wurde Kristin Hermann, Referatsleiterin Kindertageseinrichtungen des KVJS-Landesjugendamts in den Beirat berufen: „Ich sehe den KVJS hier als einen Vorreiter und wichtigen Partner mit dem Fokus, praxisrelevante Ansätze zu entwickeln, die auch die Ressourcen vor Ort berücksichtigen“, so die Mitarbeiterin zum Engagement des Verbands.

Ulrike von Siegroth

LJHA: Entschlossen und gemeinsam nach vorne denken

Landesjugendhilfeausschuss (LJHA) berät über tragfähige Perspektiven

Der Jugendhilfeeetat 2026, weitere Flexibilisierungen für den Kita-Betrieb und die Situation der stationären Kinder- und Jugendhilfe – diese sowie weitere zukunftsrelevante Themen dominierten die Tagesordnung des KVJS-Landesjugendhilfeausschusses (LJHA), der jüngst in Stuttgart tagte.

Mit Blick auf die allgemein angespannte Haushaltslage begrüßte der Verbandsvorsitzende, Landrat Gerhard Bauer, die Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses und eröffnete dessen letzte Sitzung in diesem Jahr. Die Agenda war gut gefüllt und stellte gleich zu Beginn den Haushaltsplan 2026 für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe in den Mittelpunkt, der einhellige Zustimmung erfuhr.

Stationäre Versorgung im Blick

Steigende Fallzahlen und Kosten, zu wenig Plätze, fehlendes Personal – der Verbandsvorsitzende Gerhard Bauer skizzierte die Situation in der stationären Versorgung junger Menschen in Baden-Württemberg, bevor die eigens im KVJS erstellte Analyse dazu vorgestellt wurde und ein evidenzbasiertes Abbild der hiesigen Lage zeichnete (siehe Kasten). „Der Bericht“, so Kristin Schwarz, „hat ein vielschichtiges Problem aufgezeigt, das neue Konzepte notwendig macht“. Die Verbandsdirektorin eindringlich: „Wir werden Dinge verändern müssen, um junge Menschen nicht vor der Tür stehen zu lassen.“ Einigkeit herrschte im

Gremium über die große Relevanz dieser gesellschaftlichen Aufgabe, die ein entschlossenes Handeln erfordere. Schließlich sei die bedarfsgerechte Unterbringung der Kinder und Jugendlichen allein durch adäquate Angebote möglich.

Diese zu realisieren, kann nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung gelingen. Im Zuge derer gilt es, mehr Plätze zu schaffen und zugleich den Fokus auf das Matching zu legen – für eine Verbesserung der Passung zwischen jungen Menschen und Einrichtung. Hierfür könnten auch digitale Lösungsansätze eine Rolle spielen.

Im Rahmen einer Arbeitsgemeinschaft soll der Themenkomplex weiter diskutiert und auf Möglichkeiten zur Umsetzbarkeit hin überprüft werden. Kristin Schwarz: „Mit der Analyse wollen wir als KVJS die Diskussion innerhalb der Verantwortungsgemeinschaft anstoßen.“

Weitere Flexibilisierung in Kitas

Verantwortung war dann auch ein zentrales Stichwort hinsichtlich eines anderen Punktes auf der Agenda: die weitere Flexibilisierung in Kindertagesstätten bezüglich der räumlichen Voraussetzungen. Ein pragmatischer Lösungsansatz besteht in der Betrachtung der gesamten Einrichtung hinsichtlich der Anrechnung weiterer Flächen. Bedingung hierfür ist deren pädagogische Gestaltung. Kurzum: Das KVJS-Landesjugendamt übt seinen Ermessensspielraum im Rahmen seiner veränderten Prüfpraxis aus und eröffnet damit

INFO

Die Sitzungstermine des LJHA für 2026 stehen bereits fest: Das Gremium kommt jeweils mittwochs am 25. März, am 1. Juli sowie am 21. Oktober 2026 zusammen. www.kvjs.de



Bezüglich der räumlichen Voraussetzungen werden sich für Kindertagesstätten weitere Flexibilisierungsmöglichkeiten eröffnen.
Foto: © Moritz - stock.adobe.com

weitere Möglichkeiten der Flexibilisierung. „Auch das“, so Verbandsdirektorin Schwarz, „gehört dazu, wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen.“

Ausblick auf das kommende Jahr

Bereits jetzt steht fest, dass bei der ersten LJHA-Sitzung 2026 ein Gast aus dem Kultusministerium anwesend sein wird: Am 25. März begrüßt das

Gremium Ministerialdirektor Daniel Hager-Mann, der im KVJS für einen direkten Austausch zur Verfügung steht. Zu den anvisierten Themen zählt dann unter anderem das ab dem Schuljahr 2026/2027 geltende Ganztagsförderungsgesetz (GaFöG) und in diesem Zusammenhang insbesondere der Aspekt der Ferienbetreuung. Darüber hinaus steht die Kindertagesstättenverordnung (KitaVO) auf der Agenda, vor allem im Hinblick auf Änderungsbedarfe.

Ulrike von Siegroth

Neue KVJS-Analyse veröffentlicht

Unter dem Titel „Stationäre Versorgung junger Menschen in Baden-Württemberg“ ist eine neue KVJS-Analyse erschienen, die im LJHA erstmals der Fachöffentlichkeit vorgestellt wurde. Eine Ist-Beschreibung der Situation der hiesigen Kinder- und Jugendhilfe und daraus resultierende Handlungsanregungen für die 44 Stadt- und Landkreise zählen zu den zentralen Kerninhalten der Publikation. Der von Dr. Nele Kaltenbacher und Kathrin Kratzer verfasste Bericht liefert die Auswertung von Daten verschiedener Hilfesysteme sowie Experteninterviews und analysiert auf Basis einer Abfrage bei allen Jugendämtern

in Baden-Württemberg die stationäre Situation im Konkreten. All dies dient als Grundlage für Impulse zur Standortbestimmung und Weiterentwicklung der (stationären) Versorgung junger Menschen im Land. Das KVJS-Landesjugendamt unterstützt die breite Fachöffentlichkeit sowie andere Interessierte bei der inhaltlichen Auseinandersetzung mit den Ergebnissen des Berichts. Hierfür sind beispielsweise für jeden der vier Regierungsbezirke Online-Transferveranstaltungen geplant.

Die Publikation steht online bereit und ist abrufbar unter: www.kvjs.de/publikationen

Schulsozialarbeit: Fördergrundsätze verlängert

Die Fördergrundsätze für die Jugendsozialarbeit an öffentlichen Schulen sind verlängert worden – konkret gelten sie jetzt über das Schuljahr 2025/2026 hinaus bis zum Ende des Schuljahres 2026/2027. Die geplante Verwaltungsvorschrift, die die Fördergrundsätze perspektivisch ablösen soll, ist von Seiten des Ministeriums für

Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg ruhend gestellt worden. Darüber informierte das KVJS-Landesjugendamt kürzlich in einem Rundschreiben. Dieses und weiterführende Informationen dazu finden Sie online unter: www.kvjs.de/jugend/service/rundschreiben/detailseite/38765.

Ulrike von Siegroth

BAGLJÄ-Vorstand tagt beim KVJS



Trafen sich anlässlich ihrer jüngsten Sitzung beim KVJS in Stuttgart: Der BAGLJÄ-Vorstand Enrico Birkner (stv. Vorsitzender), Birgit Westers (Vorsitzende), Iris Egger-Othold (stv. Vorsitzende) und Gerald Häcker (stv. Vorsitzender) mit Andreas Gleis und Alexandra Heckhuis von der BAGLJÄ-Geschäftsstelle (v.l.n.r.) Foto: © Larissa Straub

Der Vorstand der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter (BAGLJÄ) kam für seine Sitzung im September in den Räumlichkeiten des KVJS in Stuttgart zusammen. Anlass der Sitzung war insbesondere die Vorbereitung der 139. Arbeitstagung aller 17 Landesjugendamtsleitungen im November in Berlin.

Gemeinsam tauschte man sich unter anderem zu den Themen Reformen des Sozialstaats, Kinder und Jugendliche mit komplexem Hilfebedarf, Konsumcannabisgesetz, Digitalisierung in der

Kinder- und Jugendhilfe sowie Entlastungen im Bereich der Berichts- und Statistikpflichten des SGB VIII aus.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft, zu deren Vorstand auch KVJS-Dezernatsleiter Gerald Häcker gehört, fungiert als bundesweiter Zusammenschluss aller Landesjugendämter Deutschlands. Die BAG bringt mit ihren Mitgliedern in Form von Stellungnahmen und Empfehlungen ihre vielfältige Expertise in der Kinder- und Jugendhilfe ein.

Ulrike von Siegroth

Statt Betreuung: Wie wirkt die erweiterte Unterstützung?

Wissenschaftliche Untersuchung angelaufen

2023 gingen in den Landkreisen Emmendingen, Lörrach, Ludwigsburg, Ostalb und der Stadt Freiburg Modellprojekte zur erweiterten Unterstützung zur Vermeidung einer rechtlichen Betreuung an den Start. Nun untersucht ein Forschungsprojekt die Wirksamkeit des Instruments.

Mit dem Instrument der erweiterten Unterstützung sollen die Selbstbestimmung und Autonomie unterstützungsbedürftiger Menschen so gestärkt werden, dass rechtliche Betreuungen vermieden werden können. Die fachliche Ausgestaltung des neuen Ansatzes und das tatsächliche Vermeidungspotenzial sind derzeit noch unklar.

Durch die Modellerprobung sollen gesicherte Erkenntnisse zum Einsatz und zur Wirkung der Erweiterten Unterstützung erlangt werden. Unter anderem sollen folgende Fragen beantwortet werden:

- In wie vielen Fällen kann durch die erweiterte Unterstützung eine rechtliche Betreuung dauerhaft vermieden werden?
- In wie vielen Fällen lässt sich der Umfang der rechtlichen Betreuung reduzieren?
- In welchen Fällen kommt das Instrument einer erweiterten Unterstützung in Betracht?
- Welche anderen Hilfen tragen zu einer dauerhaften Vermeidung einer rechtlichen Betreuung bei?
- Welche Voraussetzungen benötigt es, um die erweiterte Unterstützung flächendeckend in allen Stadt- und Landkreisen Baden-Württembergs zu implementieren?
- Welche regionalen bzw. infrastrukturellen Gegebenheiten und Unterschiede sind für die landesweite Umsetzung der erweiterten Unterstützung zu beachten?

Gemeinsames Projekt mit Sozialministerium

Für die jetzt begonnene wissenschaftliche Begleitung der Modellprojekte zur erweiter-

ten Unterstützung der Betreuungsbehörden in Baden-Württemberg konnte das renommierte IGES Institut in Berlin gewonnen werden. Das IGES Institut ist ein unabhängiges Forschungs- und Beratungsinstitut für Infrastruktur- und Gesundheitsfragen. Es arbeitet hierbei im Auftrag des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Integration Baden-Württemberg und des KVJS. IGES hat bereits in der Vergangenheit eine zentrale Studie zur Reform des Betreuungsrechts vorgelegt.

Die Laufzeit des Forschungsprojekts beträgt zwei Jahre mit der Option der Verlängerung um ein weiteres Jahr. Ein Zwischenbericht ist für Ende 2026 vorgesehen.

Monika Kleusch



Ist der KVJS-Projektleiter des Forschungsvorhabens: Rouven Wrtal, Referatsleiter Betreuungsrecht und Stiftungen. Foto: © Privat



Foto: © contrastwerkstatt - stock.adobe.com

Kinderschutz durch Fortbildung stärken!

Neues Forschungsprojekt zu passgenauen Fortbildungsangeboten

„Kinderschutz durch Fortbildung stärken! Erarbeitung und Evaluation eines Gesamtfortbildungscurriculums für ASD-Mitarbeitende des fallspezifischen Kinderschutzes in Baden-Württemberg“ ist ein aktuelles Forschungsprojekt des KVJS. Ein Gespräch dazu mit Projektleiterin Patricia Kilian vom Landesjugendamt.



Patricia Kilian Foto: © Privat

Frau Kilian, worum geht es bei dem kurz: KiFo-BW genannten Forschungsprojekt?

Der Kinderschutz hat einen besonderen Stellenwert im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) und benötigt entsprechende fachliche Grundlagen. Mit dem Projekt „Kinderschutz durch Fortbildung stärken“ werden die Interessen der Kinderschutzpraxis und der damit verbundene Fortbildungsbedarf aufgegriffen. Dies ist an der Zeit, denn die Kinderschutzarbeit fordert die Jugendämter und deren ASD-Mitarbeitende in besonderem Maße heraus.

Mit welchem Forschungspartner wird das Projekt durchgeführt?

Mit dem Institut für Bildungs- und Sozialforschung der Fakultät für Soziale Arbeit, Bildung und Pflege der Hochschule Esslingen. Die Hochschule hat ein hohes Renommee und

verfügt über einschlägige Erfahrung in diesem Forschungsfeld. Und sie geht mit interdisziplinärer Kompetenz an die Arbeit – neben dem Projektsprecher Prof. Dr. Andreas Polutta gehören sieben weitere Professorinnen und Professoren zum wissenschaftlichen Team: Prof. Dr. Julia Gebrande, Prof. Dr. Friederike Gerstenberg, Prof. Dr. Verena Ketter, Prof. Dr. Johanna Pretsch, Prof. Dr. Christopher Schmidt, Prof. Dr. Sabine Schneider und Prof. Dr. Marion Weise.

Was genau soll untersucht werden?

Das Forschungsprojekt gliedert sich in drei Teilprojekte, die teilweise parallel laufen. Das Teilprojekt I dreht sich um die Fragestellung, welche Inhalte in das Gesamtfortbildungscurriculum aufgenommen werden. Bei Teilprojekt II steht die Frage im Vordergrund, wie ein Pool von Referentinnen und Referenten zur Umsetzung des Curriculums aufgebaut und organisiert werden kann. Zudem liegt der Fokus auf der Durchführung der Fortbildungen in enger Zusammenarbeit zwischen der Hochschule Esslingen als Forschungspartnerin und dem KVJS als Fortbildungsträger. Und das Teilprojekt III befasst sich mit der Evalua-

tion der Umsetzung und Überarbeitung des Gesamtcurriculums.

Welchen Gewinn für die Praxis erhofft man sich?

Unser Ziel ist es, ein wissenschaftlich basiertes Gesamtfortbildungscurriculum für ASD-Mitarbeitende im Bereich des fallspezifischen Kinderschutzes weiterzuentwickeln, umzusetzen und empirisch qualitativ und quantitativ zu evaluieren. Damit sollen Fachkräfte qualifiziert werden, die beruflichen Anforderungen sicher und gut zu bewältigen. Gleichzeitig wird durch die erarbeiteten fachlichen Fortbildungsstandards ein transparenter Qualifikationsrahmen für die Kinderschutzarbeit der ASDs in Baden-Württemberg befördert. Neben der Hauptzielgruppe der ASD-Mitarbeitenden soll über das Gesamtfortbildungscurriculum auch die übergeordnete Ebene der Führungskräfte berücksichtigt werden.

Wie ist die Laufzeit und wann erwarten Sie erste Ergebnisse?

Für die Projektumsetzung ist eine Laufzeit von vier Jahren angesetzt. Der Start war am 1. Oktober 2025. Das Besondere an diesem Forschungsvorhaben ist zum einen der direkte Transfer der im ersten Teilprojekt erarbeiteten Ergebnisse in die Praxis und zum anderen die enge Zusammenarbeit mit dem KVJS-Landesjugendamt. Im Jahr 2027 ist mit neuen Kinderschutzfortbildungen im Rahmen des Forschungsvorhabens zu rechnen.

Das Interview führte Monika Kleusch

Alles zum Forschungsprojekt KiFo-BW ...

... finden Sie unter

www.kvjs.de/forschung/projekte/kinderschutz-durch-fortbildung-staerken



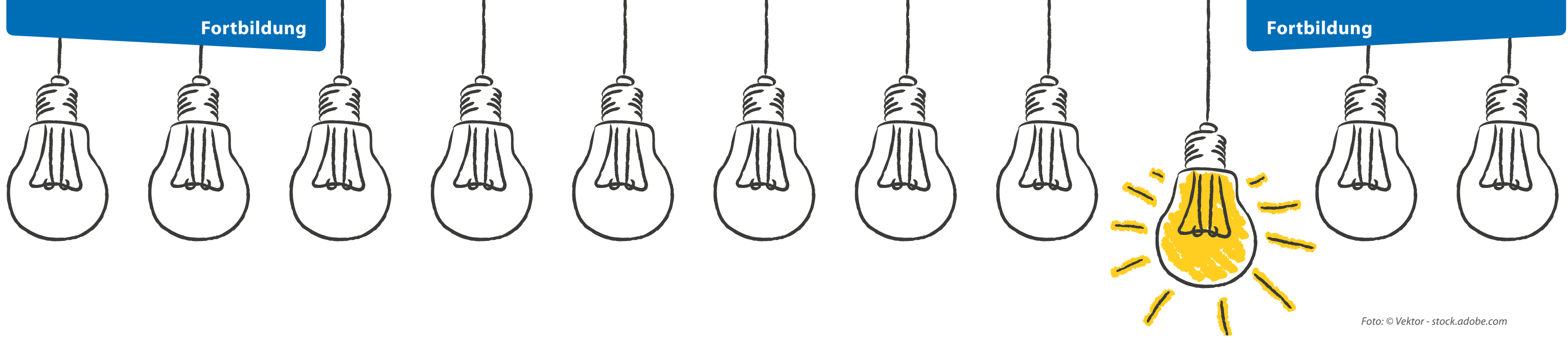


Foto: © Vektor - stock.adobe.com

KVJS-Fortbildung startet optimiert ins kommende Jahr

Teilnehmer können sich auf Neuheiten freuen

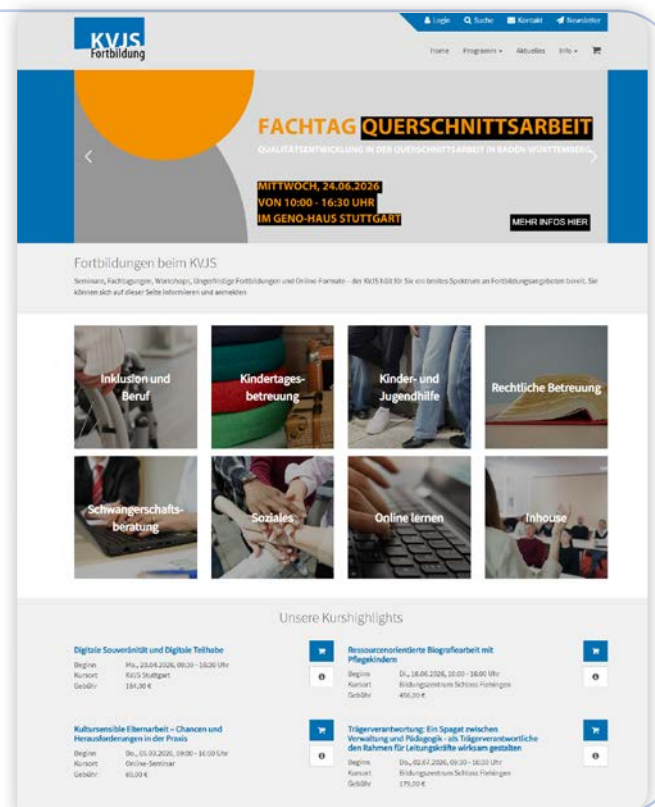
Der KVJS erreicht als Fortbildungsträger mit jährlich rund 600 Veranstaltungen Tausende Fach- und Führungskräfte. Auch zukünftig will der Verband als zuverlässiger Partner einen starken Wissenstransfer in die kommunale Praxis bieten – und präsentiert hierfür einen neuen Internetauftritt sowie ein vielseitiges Programm.

1

Zukunftsfest: Neue Webseite ist online

Moderner Look trifft auf komfortable Anwendung: Auf www.kvjs-fortbildung.de finden Nutzer ab sofort alles Wichtige rund um unser Fortbildungsangebot – übersichtlich und strukturiert aufbereitet. Die Internetseite punktet mit intuitivem Handling und bietet eine detaillierte Suchfunktion.

Mithilfe der neuen Plattform wird die KVJS-Fortbildung weiter digitalisiert: Teilnehmerinnen und Teilnehmer unserer Veranstaltungen erhalten künftig ihr individuelles Login. Darüber können sie sich bequem online zu Kursen anmelden und diese danach unkompliziert verwalten. Perspektivisch kommen weitere Funktionen hinzu.



Vielschichtig: Programm für 2026 ist da

Unter www.kvjs-fortbildung.de ist ab sofort unser Programm für 2026 abrufbar: Ob Seminare, Fachtage, Workshops – im Online-Format oder als Präsenzveranstaltung – der KVJS überzeugt auch im kommenden Jahr mit einem abwechslungs-

reichen Kursangebot, das fachliche Themen zielgruppengerecht in den Blick nimmt und aktuelle Bedarfe aufgreift. Als ein Beispiel hierfür seien die Kurzprogramme der Kinder- und Jugendhilfe/Kindertagesbetreuung genannt, die nach wie vor als Programmheft im PDF-Format zu finden sind.

2

Kompetent: Frisches Inhouse-Konzept steht

Erstmals können ausgewählte Fortbildungen aus unserem Programm 2026 als Inhouse-Veranstaltung gebucht werden – und bringen so das Know-how direkt vor Ort zu den Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Im Programm sind potenzielle Inhouse-Veranstaltungen an diesem Symbol



erkennbar: Die Inhalte der Inhouse-Veranstaltung entsprechen dabei der Veranstaltungsbeschreibung. Die Kosten für Organisation, Verpflegung und Referent trägt der Kunde. Der KVJS, der in der Ausschreibung als Mitveranstalter erscheint, bietet seinen Mitgliedern gesonderte Konditionen an. Wichtig: Das Angebot dieser Veranstaltungen ist begrenzt.

Sie haben Fragen zum Konzept und der Idee hinter unseren Inhouse-Veranstaltungen? Dr. Justus Heck, unser fachlicher Ansprechpartner der KVJS-Fortbildung, hilft Ihnen gerne weiter unter: Telefon 0711 6375-241 oder E-Mail: Justus.Heck@kvjs.de

Sie möchten eine konkrete auf dem neuen Fortbildungsprogramm basierende Anfrage stellen? Dann melden Sie sich gerne bei uns und schreiben Sie an: inhouse-fortbildung@kvjs.de

Übrigens, das etablierte KVJS-Krisenplanspiel, im Rahmen dessen Mitarbeiter von Jugendämtern, Kitas und behördlichen Kommunikationsabteilungen die Pressearbeit im Krisenfall proben, bleibt unverändert bestehen.

Ulrike von Siegroth

3

Symbolbild Broschüren. Foto: © fotofabrika - stock.adobe.com

Neu erschienen

Alle Publikationen des KVJS sind kostenlos. Sie stehen auch im Internet unter www.kvjs.de/der-kvjs/service/publikationen-und-videos/ zum Download zur Verfügung.

Früher Bescheid wissen!

Sie wollen wissen, was sich im KVJS tut und möchten nicht auf das gedruckte KVJS-Aktuell warten? Dann abonnieren Sie kostenlos die Online-Ausgabe! Sie erscheint bereits zwei Wochen vor der Druckausgabe im Internet. Bestellung bei Lisa-Marie.Weirich@kvjs.de

Soziales

Fokus Pflege 2023 bis 2040. Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg, September 2025.

Zum vierten Mal hat der KVJS seine Analyse „Fokus Pflege – Planungsperspektiven für die Stadt- und Landkreise“ veröffentlicht. Die Publikation bietet fundierte Orientierungshilfe und enthält praxisnahe Handlungsempfehlungen für die kommunale Pflegeplanung – erstmals auch mit Ergebnissen auf Gemeindeebene

Dokumentation Gemeindepsychiatrischer Verbund Baden-Württemberg 2023/2024. Ergebnisse einer Datenerhebung bei den Stadt- und Landkreisen zum 31.12.2023 KVJS Analyse, August 2025

Die GPV-Dokumentation ist ein Gemeinschaftsprojekt des KVJS zusammen mit dem Städtetag Baden-Württemberg und Landkreistag Baden-Württemberg. Er bietet einen umfassenden Überblick über die gemeindenähe psychiatrische Versorgungslage in Baden-Württemberg

Bestellung

Saskia Koch
Telefon 0711 6375-237
Sekretariat22@kvjs.de

Bestellung

Manuela Weissenberger
Telefon 0711 6375-307
Maria Cumplido
Telefon 0711 6375-769
Sekretariat21@kvjs.de

Inklusion und Beruf

Ratgeber Selbstständige Existenz. Existenzgründung und Existenzhaltung für Menschen mit Schwerbehinderung, Dezember 2025.

Der frisch aktualisierte KVJS-Ratgeber bietet einen knappen Überblick über die Leistungen des KVJS-Inklusions- und Integrationsamts für Selbstständige mit Schwerbehinderung.

Bestellung

Manuela Weimar
Telefon 0721 8107-942
Integrationsamt@kvjs.de

Jugend

Stationäre Versorgung junger Menschen in Baden-Württemberg, Oktober 2025.

Die KVJS-Analyse liefert eine evidenzbasierte Darstellung der Versorgungssituation in der Kinder- und Jugendhilfe sowie relevante Schnittstellen im Land.

Bestellung

Diane Geiger
Telefon 0711 6375-406
diane.geiger@kvjs.de

Digitalmagazin ZB:

Relevante Infos zu Behinderung und Beruf - und das viermal im Jahr: Anschauliche Filme, aktuelle Rechtsprechung, schnelles Teilen von Inhalten: Das bietet das Digitalmagazin ZB Behinderung & Beruf. In der zusätzlichen Regionalausgabe Baden-Württemberg erfahren Sie Neues aus „the Länd“! Schwerbehindertenvertretungen, Interessenvertretungen und Inklusionsbeauftragte werden hier fündig.

Gleich das Magazin kostenlos abonnieren unter www.bih.de/integrations-aemter/zb-magazin/digitales-abo/

KVJS

**Kommunalverband
für Jugend und Soziales
Baden-Württemberg**

Postanschrift

Postfach 10 60 22
70049 Stuttgart

Hausanschrift

Lindenspürstraße 39
70176 Stuttgart
Telefon 07 11 63 75-0

info@kvjs.de
www.kvjs.de